

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei andern Postbezugsmonat 4,25 M., bei Zustellung unter Straßend für Deutschland 4,00 M., für Ausland 5,00 M., per Brief 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate stellen die abgegebene, unverändert ab, deren Raum einfließt. Preisveränderung 1919: 1. bis 15. 100%, 16. bis 31. 150%, 1. bis 31. 200%, 1. bis 31. 250%, 1. bis 31. 300%, 1. bis 31. 350%, 1. bis 31. 400%, 1. bis 31. 450%, 1. bis 31. 500%, 1. bis 31. 550%, 1. bis 31. 600%, 1. bis 31. 650%, 1. bis 31. 700%, 1. bis 31. 750%, 1. bis 31. 800%, 1. bis 31. 850%, 1. bis 31. 900%, 1. bis 31. 950%, 1. bis 31. 1000%.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2893-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen den ungarischen Terror.

Professordemonstrationen der Wiener Arbeiterchaft.

Wien, 5. Januar.

Gestern fanden hier sechs Versammlungen der Sozialdemokraten gegen die fortgesetzten Hinrichtungen in Budapest statt. Es sprachen u. a. Dr. Otto Bauer und Dr. Friedrich Adler, welche sich in der heftigsten Weise gegen den ungarischen Terror wandten. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, welche gegen die Massenmorde der ungarischen Gegenrevolution leidenschaftlich protestiert und in der an die ganze zivilisierte Menschheit appelliert wird, dem blutigen Wüten des weißen Terrors in Ungarn Einhalt zu gebieten. Die Wiener Arbeiterchaft stellt fest, daß enge Beziehungen zwischen der Reaktion in Ungarn und in Deutschland bestehen und daß es das letzte Ziel des Weisheitsregimes der ungarischen Konterrevolution ist, nicht nur Ungarn, sondern auch Österreich neuerlich dem blutigen Hause Habsburg zu unterwerfen.

Das sibirische Problem.

Genf, 5. Januar.

Der Pariser Korrespondent des „Progrès“ schreibt über die Stellung Japans zur Lage in Sibirien, man müsse die Meinung von einem Einbernehmen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit größter Vorsicht aufnehmen. Japan habe in Ostsibirien keineswegs 200 000 Mann, sondern höchstens drei Divisionen, wahrscheinlich nur 28 000 bis 35 000 Soldaten. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Japan diese Streitkräfte vermehren werde, weil es mit einem gefährlichen Aufstand in Korea zu rechnen habe und mit einem Widerpruch des japanischen Parlaments, das nicht mehr wissen wolle von neuen sibirischen Eroberungen.

Der „Matin“ bringt einen wichtigen Artikel über die Rolle Japans in Sibirien. Es heißt darin u. a.: Die Furcht vor dem Bolschewismus wird Japans Herrschaft in Ostasien zur Folge haben. Weder die militärischen Erfolge im russisch-japanischen Krieges noch die Unterhandlungen mit der Entente während des Weltkrieges haben Japan soweit eingebringt. Die Japaner werden das eine Ufer des Stillen Ozeans beherrschen, Amerika das andere. Japan hat jetzt seinen Zweck erreicht. Es wird allein in Sibirien herrschen. Das ist eine sehr bedeutungsvolle politische Tatsache, denn Sibirien hat unendlich viele Möglichkeiten auf dem Gebiete des Ackerbaues und der Industrie. Sibirien umfaßt zwei Millionen Quadratkilometer Ackerland. Europa und Amerika tragen die Lasten des Krieges und Japan trägt den Gewinn des Weltkrieges nach Hause.

Alle diese Meldungen beweisen, daß um Sibirien sowie um die Herrschaft im Stillen Ozean der stille, aber hartnäckige Kampf zwischen Japan und Amerika, den „wirklichen Siegern“, weitergeführt wird.

Auflösung der Semstwo-Konferenz in Jerschk.

London, 5. Januar.

Eine amtliche Depesche Kischinows befragt, daß die Konferenz der Semstvos und anderer Organisationen in Jerschk, die eine Regierungsbildung durchzuführen wollte, von den Militärbehörden aufgelöst worden sei. Gemeint ist damit die Bewegung der Sozialrevolutionäre, die den Bolschewisten freundlich gegenüberstehen.

Auch mit dieser Maßnahme wird Kischinow seine erhaltene Stellung in Sibirien kaum halten können. Die Entente sieht abwartend zu, während einerseits die roten Truppen ihm auf dem Rücken sitzen, andererseits Amerika und Japan die endgültige Entscheidung über Sibirien treffen. Aber auch sie werden sich mit dem Bolschewismus auseinandersetzen haben.

Neujahrspromission der Sowjet-Regierung.

London, 5. Januar.

Die Moskauer Funkstation verbreitet folgende Neujahrspromission der Sowjetregierung an das russische Volk: „Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterchaft gewesen, sowohl vor wie hinter der Front, und es hat die Macht des Sowjets noch mehr gefestigt. Auf dem Schlachtfeld hat die rote Armee den gegenrevolutionären Elementen Todesblöße versetzt, unter denen die Horden der zaristischen Woywods zusammengebrochen sind. Gestraft um die roten Tanten

föhren wir unsern Siegeslauf in das neue Jahr hinüber, das uns den siegreichen Abschluß der Bürgerkriege bringen wird. In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus erlitt der Ruf nach Aufstellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen und die Macht der Sowjets wird sich bereits über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920!“

Italienische Eisenbahnerbewegung.

Zürich, 5. Januar.

Das Syndikat der italienischen Eisenbahner forderte für die Angestellten der Staatsbahnen einen Monatszuschuß von 200 Lire und droht im Falle der Ablehnung mit dem Auslande. Die italienische Regierung verweist demgegenüber auf das Betriebsbesitz, das weitere Zugeständnisse an das Personal unmöglich macht.

Erzberger in Stuttgart.

Unter erheblichen Schwierigkeiten hat der Reichsfinanzminister Erzberger am Sonntag in Stuttgart in einer Zentrumsversammlung eine große politische Rede gehalten. Um zu verhindern, daß der Vortrag durch Redaussetzungen unterbrochen würde, hatte die Zentrumspartei Einzelheiten dazu nur an „zuverlässige“ Personen ausgegeben. Da aber eine öffentliche Versammlung angekündigt war, versammelten sich Tausende Personen vor dem Versammlungsgebäude und verlangten, daß Erzberger auch zu ihnen sprechen solle. Er mußte denn auch seine Ausführungen im Saale unterbrechen und vom Balkon aus zu der Menge auf der Straße sprechen. Man begrüßte ihn dort teilweise mit Hochrufen, zum Teil auch mit Geschrei und Pfeifen. Der Zwischenfall ließ aber noch glimpflich ab, die Menge beruhigte sich bei seiner Rede wieder.

Im Saale selbst beschäftigte sich Erzberger zuerst mit den Angelegenheiten der Reichsrenten. Er führte aus, daß der militärische Zusammenbruch nicht durch die Reichsparteien bewirkt worden sei, sondern daß die früheren Reichsleiter daran schuld gewesen seien. Hindenburg selbst habe ihm ein Telegramm geschickt, monoch er den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen solle, auch wenn keine Widerstände zu erwarten seien. Die revolutionären Versuche von links habe die Regierung niedergeschlagen, sie werde auch gegen eine Gegenrevolution von rechts mit allen Mitteln der Gewalt vorgehen. Er sagte dann seinen Parteigenossen aus, daß das Zentrum von der Koalition mit Reichssozialisten und Demokraten nur Vorteile habe. Im November 1918 seien 20 Fürstentümer in den Grund gefallen. Aber kein Fürstentum sei zerstört, kein Feudalverhältnis beseitigt worden. Die Reichsregierung bringe für die Reichssozialisten noch größere Freiheiten als sie je bestanden hätten. Die Straße sei jetzt frei von jeder sozialen Bedrohung. In der Schlußrede sei das soziale Ideal zwar nicht erreicht worden, aber man habe eine erträgliche Verständigung erzielt.

Erzberger kündigte dann noch zwei neue Steuerborlagen an, mit denen die direkte Steuererhebung abgeschlossen werden soll. Ein Körperschaftsteuergesetz soll solche Einkommensbegüter treffen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. Diese Steuer soll auch eine Abgabe auf die „leere Hand“ bringen. Der Steuerfuß beträgt 10 Prozent, bei Gewerkschaftskassen steigt er auf 20 bis 30 Prozent des Einkommens. Ein Ergänzungsteuergesetz soll die neu sich bildenden Vermögen erfassen. Die Höhe auf den Vermögenszuwachs sollen schon mit 10 Prozent endigen. Schließlich kündigte er eine Besoldungsreform für die Beamten an. Es soll ihnen die Erziehung eines eigenen Haushalts sowie die Beschließung ermöglicht werden; durch Erziehungs- und Kinderzulagen soll den drückenden und persönlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

Verurteilung im Prozeß Hiller.

Wie eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet, ist das Urteil gegen den Oberleutnant Hiller, der bekanntlich wegen mehrerer schwerer Mißhandlungsfälle, darunter im Falle Selmhake, angefaßt war und wegen Mißhandlung Untergebener in zwei Fällen mit 7 Wochen Festungshaft bestraft worden ist, vom Gerichtsherrn nicht bestätigt worden. Der Gerichtsherr — der Kommandant von Berlin — hat vielmehr Verurteilung eingelegt, und zwar im Falle Selmhake, jedoch nicht aus § 123 des Militärstrafgesetzbuches (Verbeiführung des Todes), sondern aus § 122 (vorläufige Behandlung im Dienst). Diese vorchristliche Behandlung Selmhakes wird erlöst in der dem O. durch Hiller verabsolgten Ohrfeige, dem Stoßen und dem Verbot des Essens. Der neue Prozeß Hiller wird vor dem Oberkriegsgericht verhandelt werden.

Deutschlands Verhängnis.

Der Bibliothekar des ehemaligen Preussischen Herrenhauses, Herr Dr. Friedrich Lohme, der während des Krieges in Burgfriedenspolitik moderte, hat sich neuerdings auf die Verteidigung der deutschen Regierung von 1914 geworfen. In diesem Zweck ließ er vor einigen Monaten eine Broschüre erscheinen, in der Papinianus Harden an den Branger gestellt wurde, weil er an die deutsche Schuld glaubt, und jetzt reitet der schwarz-weiß-rote Ritter eine scharfe Attacke gegen Kant und sein Buch über die Entstehung des Krieges. Er läßt es sich dabei — in einem Artikel der „Reichsboten“ „Deutscher Politik“ — in erster Linie angelegen sein, Wilhelm II. zu retten und die Vorwürfe zu entkräften, die auf Grund der von Kant in „einseitig und tendenziös massierter Zusammenstellung“ verwerteten Randbemerkungen gegen ihn erhoben worden sind.

Der Versuch, Herrn Thimme über die Objektivität der Kantischen Darstellung und die Pflicht zur Bitterung der kaiserlichen Notizen belehren zu wollen, würde absolut hoffnungslos sein, und außerdem ließe ein solches Unternehmen nur auf eine Wiederholung von hundertmal Gesagtem hinaus. Wir verzichten also darauf und greifen aus den Beweismitteln des konservativen Kaiserfreundes nur die eine, ja auch keineswegs neue These auf, daß die Bemerkungen des Monarchen praktisch bedeutungslos gewesen seien. Es habe sich hier nur um rein private Äußerungen gehandelt, wie sie der Augenblick dem temperamentvollen Monarchen einfiel. Auf die Politik, die in durchaus konstitutionellem Sinne getrieben worden sei, hätten sie keinen Einfluß ausgeübt.

Es ließe sich aber darauf erwidern, daß merkwürdigerweise die Haltung, die die deutsche Regierung im Juli 1914 eingenommen hat, vollständig im Einklang mit diesen Temperamentsausbrüchen stand und auch ihren einzelnen Akten sehr genau folgte. Aber wie sind ja außerdem jetzt in der angenehmen Lage, unsere aus den Randnoten geschöpfte Auffassung über das Wesen Wilhelms II. und den „konstitutionellen“ Charakter seiner Politik noch mit anderen Dokumenten zu belegen, nämlich mit den erkaulichen Briefen, die der deutsche Willkür an den russischen Willkür richtet hat.

Die Veröffentlichung dieser Schreiben, die leider unvollständig ist, weil die deutsche Revolution zu delikat war, sich an den kaiserlichen Privatakt zu vergriffen, verurteilt uns einen neuen wertvollen Beitrag zur Kritik der Person, die ein Menschenalter hindurch die deutsche Krone trug, und zur Beurteilung der Art, wie unter ihrer Herrschaft die Geschichte des deutschen Volkes geleitet worden sind. Sie bilden einen weiteren Beweis für die verhängnisvolle Wirkung von trotzkistischer Geistesverwilderung und bösen Gräueltaten, die das Wesen Wilhelms II. ausmachte und die ihn in eine so enge Nachbarschaft zu jenem Friedrich Wilhelm IV. von Preußen stellte, bei dem der Herrin katastrophal zum Ausbruch kam.

Ein Mann von allererstem Horizont hält sich für befähigt und berufen, die Welt nicht nur zu überblicken, sondern auch politisch zu leiten. Was zu seinen persönlichen, höchst unweisen Ansichten nicht paßt, ist schlecht und verwerflich, und was mit seiner Überzeugung von der eigenen Vortrefflichkeit und dem Gottesanbeterum der Monarchen in Einklang steht, hat Wert und Gewicht. Bescheidend ist seine Stellung zu Frankreich. Dieses Land ist ihm im höchsten Grade unympathisch und verdächtig, nicht sowohl, weil es die Revolution für 1871 anstrebte, sondern weil es eine Republik ist und Republikaner von Paris aus ein verbrecherisches Gesindel darstellen. Er spricht sich Verachtung von „dieser Republik elender Bürgerkrieger“ und vergißt es der französischen Nation nicht, daß sie vor mehr als hundert Jahren ihrem König ein Ende auf dem Schafott bereite. Mit derselben Naivität, in der er sich 1914 einbildete, der russische Zar und der König von England würden sich für Serbien nicht einsetzen, weil die Serben Königsmörder seien, glaubt er das Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich lösen zu können, wenn er von Jaren fortzieht auf die Schändlichkeit der republikanischen Staatsform hinweist.

Nach seiner Auffassung ist die Regierung der Welt durch göttlichen Ratsschluß den Monarchen in die Hand gegeben und unter ihnen wieder vor allem ihm selbst und

seinem Freunde und Kollegen in Petersburg. Er betrachtet die gesamte auswärtige Politik als eine Angelegenheit, die zwischen ihm und Nikolaus II. erledigt werden muß. Alle anderen Hiesigen nur Nebenrollen, und von den Männern an der Spitze des französischen Staatswesens, wie Doucet und Delcassé, heißt es beispielweise, daß sie zwar zweifellos staatsmännische Erfahrung besitzen, aber daß sie doch in einer Vertrauenssache nicht auf gleichen Fuß gestellt werden könnten, da sie eben nicht Kaiser und Kaiser seien.

Dieses Vertrauen verdient einzig und allein der russische Vetter und Freund. Er wird in der unwürdigsten Weise ungeschmeichelt und seine Staatsweisheit erhält Lobspprüche, an deren Verechtigung dieser unbedeutende Schwächling, wie wir annehmen möchten, selbst nicht geglaubt hat. Weil er einmal eine Reise nach Ostasien machte, soll er die chinesischen und japanischen Angelegenheiten besser und kompetenter beurteilen können, als irgendein anderer, und sein „meisterhaft politischer Instinkt“ soll ihn mit Sicherheit durch die Klüften und Gefahren der Weltpolitik führen. Ein so hervorragender Stoff, dessen uneigennütige Freundschaft für Deutschland außerdem über jeden Zweifel erhaben war, hatte den Anspruch, in die deutschen Staatsgeheimnisse eingeweiht zu werden, und als im Jahre 1898 die englische Regierung an Wilhelm II. einen Bündnisvorschlag gelangen ließ, hatte dieser nichts Eiligeres zu tun, als den russischen Kaiser davon zu unterrichten und ihn um seine Meinung zu fragen. Wohlmerkt, das deutsche Volk und der deutsche Reichstag haben damals von der englischen Anregung nicht das geringste erfahren. Nur ein paar Diplomaten und Staatsmänner waren Mitwisser. Aber der Zar wurde unterrichtet. Er erhielt das Recht, über die Zukunft Deutschlands mit zu entscheiden: Wili und Niki machten so etwas unter sich aus.

Was der Russe geantwortet hat, wissen wir leider nicht. Sicher ist nur, daß das Bündnisangebot abgelehnt wurde. Aus den Erinnerungswerken von Otto Hermann, dem ehemaligen Pressesekretär im auswärtigen Amt, und dem an den Vorbereitungen des englischen Schritts unmittelbar beteiligten Vorkaufsrats Freiherrn von Kardstein ist und jetzt einige nähere Einzelheiten über jene Vorgänge bekannt. England, dem das Anwohnen des russischen Einflusses in Ostasien große Sorgen bereite, und dessen Baumwollspinner den chinesischen Absatzmarkt zu verlieren fürchteten, wandte sich durch Chamberlain an Deutschland, um zunächst ein Abkommen über den ferneren Osten zu treffen und dann möglicherweise ein Bündnis zu schließen. Diesen Plan verteidigt der deutsche Kaiser an den Zaren, dem er nicht durch irgendeinen Vertrag verpflichtet war, sondern der ihm nur als absoluter Romanus des besonderen Vertrauens wert erschien. In dem Augenblick, wo Rußland ins Vertrauen gezogen und ihm die Möglichkeit des Mittels eingedrückt wurde, war natürlich der Plan ge scheitert.

Ein neuer Vorschlag Englands aus dem Jahre 1901 stieß auf dieselbe Ablehnung, und damit war die Möglichkeit, mit Großbritannien zu einem Einvernehmen zu gelangen, gescheitert, zumal da in derselben Zeit die deutsche Flottenvermehrung einsetzte. Die Frage, ob ein deutsch-englisches Bündnis den Zaren dauernd gesichert hätte, mag hier unerörtert bleiben. Wesentlich ist zweierlei: erstens, daß Wilhelm II. sich in der Selbständigkeit seiner Entscheidung nicht durch die Meinung des deutschen Volkes, sondern nur durch die des russischen Zaren beschränken ließ, und zum anderen, daß sein Verhalten den Anstoß zu seiner Politik gab, die dann später als die Einkreisung Deutschlands bezeichnet wurde.

London, das von Berlin zurückgewiesen war, mußte andere Auswege aus seiner Verlegenheit suchen, und wurde jenseits naturgemäß nach Paris und Petersburg gedrängt. Es verständigte sich mit Frankreich über Nordafrika und mit Rußland über Asien. Deutschland wurde isoliert, weil

es dem politischen Unverstand seines selbstherrlichen Gottesgnadenmannes überliefert war. Der vermochte nicht zu erkennen, daß die russische Freundschaft, an die er in seinem kindlichen Gemüte glaubte, nur zu erhalten war, wenn dem östlichen Nachbarn freie Hand nicht nur im fernem Osten, sondern auch auf der Balkanhalbinsel gewährt wurde. Der meinte, man könne den österröschischen Verbündeten als Pionier der deutschen Weltpolitik seine Herrschaft im nahen Osten verstärken lassen und gleichzeitig die intimsten Beziehungen zu Rußland unterhalten. Dummheit und Ueberheblichkeit ließen die deutsche Regierung im Juli 1914 in ihr Verderben rennen, und dieselben Eigenschaften, die in dem Herrscher ihre schönste Verkörperung fanden, haben der deutschen Politik auch in den vorhergehenden Jahrzehnten das Gepräge gegeben.

Man spricht wohl davon, daß die Akten, die über die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges unterrichten, allein nicht beweiskräftig seien, und daß die Schuld sich erst feststellen lasse, wenn in die Dokumente der früheren Zeit hineingeleuchtet werde. Wir hagen auch für unser Teil den dringlichsten Wunsch nach dieser Ergänzung; aber wir sind überzeugt, daß die Stimme und die übrigen Verteidiger des deutschen Kaisers an den Ergebnissen einer solchen Untersuchung keine Freude haben werden.

Galschoda.

In der Fortsetzung der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem deutschen Kaiser und dem russischen Zaren bringt heute die „Wostokische Zeitung“ einen Brief, den Wilhelm während seiner Palästina-Reise am 9. November 1908 von Damaskus aus an Nikolaus gerichtet hat. Er schildert erst die Eindrücke in Jerusalem und Damaskus, geht mit den Streitigkeiten ins Gericht, die die Vertreter der verschiedenen christlichen Religionen in Palästina untereinander aufzählten und befaßt sich dann mit der Galschoda-Frage, die damals aktuell war. Unter dem Major Marichand war eine französische Expedition in das obere Nilotis eingedrückt, sie stieß dort aber auf die englischen Interessensphäre. General Ritchner ließ in Galschoda die englische Flagge hissen, Marichand mußte das Gebiet wieder räumen. Die daraus entstandene Konfliktstimmung zwischen England und Frankreich beleuchtet folgende Stelle in dem Briefe:

Der Haß gegen die Engländer ist hier und nimmt immer mehr zu — kein Wunder —, während gleichzeitig zusehends in ihnen offene Verachtung Frankreichs erwacht, das alle Hochachtung, die es früher besaß, eingebüßt hat! Das ist die unvermeidliche Folge des schrecklichen Sumpfes, in dem die Franzosen jetzt mit ihren inneren Angelegenheiten herumtappen, wobei sie den Schmutz noch rechts und links spritzen, bis ganz Europa von dem Gestank raucht!

Das zeigt, wie weit die Korruption, die Lüge und Ehrlosigkeit in der Nation und wie allem in der Armee schon um sich gegriffen haben! Hier sieht man sie als ein sterbendes Volk an, besonders seit dem letzten höchst schimpflichen Rückzug der Franzosen aus Galschoda! Was in aller Welt ist bloß in sie gekommen? Nach einer so erstklassig vorbereiteten und mutigen Expedition des armen, topierten Marichand! Sie waren in einer erstklassigen Lage und warteten, um anderen allen in Afrika zu helfen, bis nur eine starke Hilfe brauchten! Die Nachricht hat hier wie ein Blitzschlag die östlichen Völker getroffen, niemand wollte sie glauben! Auf jeden Fall, wenn es sich bestätigt, was die Zeitungen sagen, daß Graf Rurowjew Frankreich zu diesem tödlichen Unternehmen geraten hat, so war er über alle Maßen und ungläublich schlecht beraten, da es seinen „Freunden und Alliierten“ hier den Todesstoß gegeben und ihr altes Prestige hier zu Boden geschlagen hat, daß es sich nie wieder erhebt. Die Wogolemia nennen es Frankreichs zweites Sedan, und der arme französische Konful, mit dem ich sprach, sagte unter Tränen, daß eins um ihn alles zu Staub zerfallen! Frankreich wird diesen Freundschaftsdiens nie vergessen und nie Dank dafür wissen.

Auch dieser Brief zeigt, welche geringe Kenntnis Wilhelm von den politischen Zusammenhängen besaß. Die

Weiterentwicklung und insbesondere der Weltkrieg haben gezeigt, daß nicht der Schmutz und der Gestank, der angeblich von Frankreich ausging, sondern daß in viel höherem Maße die wilhelminische Regierungspolitik dazu beigetragen hat, Europa zu verwüsten. Sie hat auch dazu geführt, daß Frankreich diesen Konflikt sehr schnell vergaß und sich mit England gegen den deutschen Imperialismus zusammenschloß, dessen Gesichte Wilhelm mit seiner Palästina-Reise gefördert hat.

Eine Drohung an die Eisenbahner.

Um einen Druck auf die Eisenbahnverwaltung auszuüben und ihren Protest gegen die Verschleppung der Tarifberatungen zum Ausdruck zu bringen, haben die Frankfurter Eisenbahner beschlossen, nur noch genau nach dem Dienstvorschriften zu arbeiten. Die erste Folge dieser Maßnahme ist nicht eine Prüfung der Eisenbahnerforderungen, sondern, wie üblich, eine Drohung des Reichsarbeitsministers. Herr Schlichte hat an die Frankfurter Eisenbahndirektion folgendes Telegramm gerichtet: „Arbeiterkass der Hauptwerkstätten in Frankfurt ist unter Hinweis darauf, daß Rückwirkung des neuen Tariffs auf 1. Januar 1920 bereits zugelagt und Beschlüsse auf die neuen Lohnsätze schon jetzt gefaßt werden, auch eine Verzögerung in den Tarifverhandlungen nicht vorliegt, aufzufordern, die passive Resistenz spätestens bis Montag, den 3. einzustellen und ordnungsmäßig zu arbeiten, widrigenfalls die Hauptwerkstätten wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes am Dienstag, den 6. d. M., geschlossen und sämtliche Arbeiter gemäß § 2 Abs. 1 der Arbeiterdienstordnung unter Verzicht auf weitere Dienstleistung gekündigt werden. Falls Aufforderung ohne Erfolg, ist entsprechend zu verfahren. Arbeitsminister.“

Seit acht Tagen wissen wir und andere Blätter eindringlich auf den drohenden Konflikt hin. Vor mehreren Tagen hat einer der an dem durch Bureaukratenorientiert geführten Tarifwerk beteiligten Verbände des Reichsarbeitsministers ermahnt, er möge ein Schlichtungsverfahren zur Förderung der Tarifberatungen einsehen. Das ist nun die Antwort des Herrn Schlichte. Die Eisenbahnerwerkstätten arbeiten seit langer Zeit infolge mangelhafter Betriebsorganisation und unzureichender Versorgung mit Werkzeug unwirtschaftlich. Die Eisenbahner haben längst Vorschläge zur Abstellung der Mängel gemacht. Keine verantwortliche Stelle ist ernsthaft darauf eingegangen. Außer ihrer Beteiligung an der Verleumdung der angeblich faulen Eisenbahner haben sie alle nichts geleistet. Nun aber, nach dem eine Gruppe der Eisenbahner, gezwungen durch die Tarifabotologie der Bureaukraten, durchaus loyale Mittel anwendet, entdeckt man die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes und droht mit Schließung. Statt seiner Aufgabe gemäß, nach dem Wunsche eines Teiles der organisierten Eisenbahner schließlich eingzugreifen, giebt der Arbeitsminister neues Del ins Feuer. Werft der Mann denn nicht, daß er selbst es ist, der damit der bürgerlichen Presse und ihrem ganzen Anhang das Stichwort für die ablehnde Herge gegen Arbeiter ausruft, die mit friedlichen Mitteln ihren Kampf um gerechten Lohn und erträgliches Leben führt? Ist denn das geistige Unvermögen der Leute, die heute für Regierungshandlungen verantwortlich zeichnen, in der Tat so erschreckend groß, daß sie in keinem Falle über die Weidboden hinauskommen, die im alten Polizeistaat üblich waren?

Die Frankfurter Ortsleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wandelt sich gegen den in diesem Telegramm gebrauchten Ausdruck „passive Resistenz“ und weist ebenfalls darauf hin, daß die Werkstätten infolge ihrer technischen Rückständigkeit schon seit langem unwirtschaftlich arbeiten. Die Durchführung der vom Minister angeordneten Maßnahmen würde weit über den Frankfurter Bezirk hinaus zu den schwersten Auswirkungen führen, da die Arbeiter fest ent-

Kunstaussstellung für Arbeiter.

In den Räumen der „Freien Jugend“, Petersburger Straße 80, hat der „Arbeitsrat für Kunst“ eine Ausstellung eröffnet (täglich von 4-9 Uhr; Führungen um 6 und 8 Uhr; Eintritt 1 M.; für Jugendliche 50 Pfennig; Mitwachs von 1-3 M. für Arbeitslose unentgeltlich). Ich kann hier, da ich selbst dem „Arbeitsrat“ angehöre und an der Ausstellung mitgearbeitet habe, selbstverständlich keine Kritik geben. Solche wird hoffentlich aus dem Kreise der Besucher kommen. Der Arbeitsrat bietet um möglichst viele kritische Äußerungen aus dem Publikum, da wir uns nicht einbilden, daß wir nicht noch etwas lernen könnten. Es ist in der Ausstellung, ähnlich wie in unserer Architektur-Ausstellung im Frühjahr bei J. W. Neumann, ein Reiz, in den wir alle Besucher bitten, ihr Urteil über die Ausstellung, ihre Wünsche und Vorschläge hinzuzusetzen.

Vielleicht kann ich hier noch kurz sagen, welche Wünsche der Arbeitsrat bei dieser Ausstellung hatte.

Der Arbeitsrat wollte den Kunstjahren nicht ihre Ausstellungen nachmachen. Er wollte auch nicht eine Verlesung des expressionistischen Meisterwerke aneinandersetzen. Vor allem aber wollte er nicht für die Verbreitung von Bildung sorgen. Sondern er wollte den Besuchern eine Freude machen. Wir wollten das ursprünglich Schaffensfreude, den quellenden künstlerischen Formungstrieb betonen, wie ihn im Kindesalter eigentlich alle Menschen noch ihr Eigen nennen, wie er sich aber leider auf dem Wege von der Kinderzeichnung zum Monumentalwerk des „großen Künstlers“ mehr und mehr zu verlieren pflegt. Gerade die Kunst der letzten Generation beweist immer wieder, daß, sobald nur die Kunstakademie, ja schon sobald der intellektuelle Drill der Schule ihre Wirkungen ausüben, die reine, unproblematische Formungslust zerfällt wird. Diese eigentliche Quelle der Kunst wird im Kunstbetrieb und Kunstbetrieb immer matter und matter, und an die Stelle des elementaren Bildens tritt... der Beweis, daß man „gebildet“ ist. Max Klinger's Mühen ist geradezu Symbol eines Schaffens, in dem Wissen, Verständnis, Erfahrung, Bildung alles naive Schaffen gelähmt haben. Die Bilder nun, die der Arbeitsrat zusammengestellt, wollen Beispiele eines künstlerischen Schaffens sein, das sich als elementar trotz aller hemmenden Einflüsse behauptet hat. Eine Reihe von Kinderzeichnungen ist ausgewählt. Ihr Rang ist höher, weil sie die bestimmendsten Momente für das Gange der Kunst haben und wir hoffen, daß die Besucher, wenn sie vielleicht auch anfangs verwundert sind, das schätzen werden. Sie wollen nicht fatalisieren, realisieren, moralisieren und judizieren. Die

engen Begriffe schulmeisterlichen Bestimmens sollen endlich fallen auch in der Kunst! Kunst ist ein natürliches Wachsen aus dem Geist und aus der Empfindung, und das junge Reich ist oft köstlicher als das alte, aber es ist keine Besonderheit, keine Kunst und Klasse für sich. Ist es nicht grotesk, wenn man in den modernen Parliamentsreden die Bäume schon mit lateinisch-deutschen Namensschildern verkleidet, damit nur ja der Mensch auch weiß, wie dieser Baum heißt, wer ihn entdeckte, wie alt er ist und welchen Nutzen er bringt? Lerne es, o Wanderer, damit Du gebildet wirst. Wird die nächste Generation von Botanikern nun auch noch die Wälder mit Namensschildern beglücken oder wird sie die alten Namensschilder herausreißen? Wir jedenfalls wollten abschließen, daß in der Kunst alles Einfachste buntum ist. Wir haben auch die Arbeiten der „Dilettanten“, der Arbeiter und der Unzulänglichen nicht besonders kenntlich gemacht. Der Arbeitsrat ist fern von jedem Hochmut der „abgestempelten Künstler“. Wir setzen uns herzlich für die Arbeiten anderer und finden in der Leistung manches Arbeiters und mancher Arbeiterin, was das Wertvollste ist: Ursprünglichkeit und Liebe. Wir sind gewiß vor dem Verdacht geschützt, als wollten wir den Dilettantismus der höheren Köpfer ermuntern. Aber Rebellien wie das Schmitzwerk „1914-1918“, wie das Selbstbildnis und die Landschaften einer jungen Arbeiterfrau und manche andere Leistung ist uns wertvoll. Ihre Schöpfer sind uns Kameraden, und wir hoffen in einer späteren Ausstellung noch weitere so wertvolle Werke von „Dilettantenarbeiten“ zeigen zu können.

Noch in einem anderen Punkte unterscheidet sich unsere Ausstellung von den üblichen. Wir gingen nicht darauf aus, eine harmonische Ausstellung zusammenzubringen. Wir hatten nämlich Ausstellungen nur für einen Kollekt, im Grunde genommen nur erlaubt, um die „Ausstellung“ zu überwinden. Wir wollen Freude bereiten ganz gewiß! Aber es soll in dieser Freude ein Tropfen Dilettantismus sein. Wir würden uns am meisten freuen über den Besucher, der sagt: Es ist manches Schöne da. Aber schön wäre es eigentlich erst, wenn es Kunst wäre, nicht eine Kunstausstellung. Wenn es Wirklichkeit wäre, kein Panoptikum! Deshalb haben wir die scharfen Diskussionen, die in der Kunst heute gegenübergebracht, nicht gemindert. Wir wollten keinen Kosmos veranschaulichen, wo ein Chaos ist. Aus diesem Chaos rettet und nicht Organisation, nur Menschlichkeit. So Ihr nicht werdet wie die Kinder...“

Es wird sicher Besucher geben, die als das Schöne in unserer Ausstellung die Realitäten eines 10-jährigen Kindes bezeichnen werden. Rummern mögen die Bilder nicht. Es muß

(sich jeder das Bild inhaltlich bezeichnen, das er meint.) Götter wir unter diese Bilder geschrieben „Anderseits...“ würden sich da nicht manchen bedenken, gerade diese am schönsten zu finden?

Was wir hauptsächlich erstreben, ist, daß sich in und durch die Ausstellung Arbeiter und Künstler möglichst vielfach persönlich kennen lernen. Für jede Frage, für jeden Wunsch steht der Arbeitsrat bereit. Adolf Wehne.

Nachmittags-Vorstellungen.

Über Nachmittagsvorstellungen, wie sie an manchen Bühnen bei „ermäßigten Preisen“ der kunstungrigen werksmäßigen Bevölkerung Berlins geboten werden, gehen und beschweren zu, die in vielen Fällen nur allzu begründet sind und die Ursache harigen, warum zahlreiche Besucher verärgert und enttäuscht das Theater verlassen, wo sie Erholung suchten. So schreibt uns ein ernsthafter Teilnehmer mancher Nachmittagsvorstellung: „Es ist zu verstehen, daß eine Bühne nicht lauter Straße von gleicher künstlerischer Reife, gleicher Vollendung des Könnens hat, aber den gleichen Ernst des Willens könnte man doch wohl bei jedem Schauspieler voraussetzen, wie unterschiedlich die Gaben auch sonst verteilt sein mögen. Mag eine Bühnenleitung in den Nachmittagsvorstellungen Künstler von geringerem Ruf herausstellen, das ist zu billigen, auch diese wollen und sollen einmal ans Licht. Aber daß sie es duldet, wie da von tallosen Kommodianten in unerhörter Weise wider den Geist geführte wird, ist schmachvoll und unerträglich. Am schändlichsten freilich ist und bleibt die Haltung eben dieser Schauspieler. In sinnloser Eile kaspeln sie ihre Sätze herunter. Egenen, alle Klagen klammern sich, und eindrucklos vorbei. Des Dichters Worte werden mißachtet, mißhandelt, lächerliche Sätze ad hoc überprüngen, und man geht selbst so weit, sich auf der Bühne nebenbei laut und ungeniert zu unterhalten! Und wenn fragt man das zu bieten einem Publikum, das mit Schnulch und Heißhunger nach Kunst zum Theater strebt, das sich den Billettpreis mühsam von seinem Arbeitsverdienst abspart! — Die hohen Preise der Abendvorstellung kann ein Mensch, der von belächeltem Arbeitsverdienst lebt, kaum aufbringen. Da muß man schon „als Braut zur Welt gekommen“ oder mit der nötigen Ehrlichkeit begabt sein, mittels Schiebungen aus der Not der Menschheit Kapital zu schlagen. In einer Abendvorstellung wird aber kein Schauspieler einem Publikum solches bieten und keine Bühnenleitung würde, wenn er es täte, derartiges durchgehen lassen. Worauf läuft also die Sache hinaus: die Bühnenleitung und der Schauspieler — hier beide einig — glauben dem weniger zahlenden weniger bieten zu können.“

Soweit die Zukunft. Es ist wirklich Zeit, daß an allen

Waffen zum, auf der rechten Seite die
gung der Lohnsätze, wie sie der Deutsche Eisen-
bahnerverband dem Minister vorgelegt habe, zu be-
stehen und überdies auch schon weite Kreise der
Beamtenchaft von der Bewegung er-
griffen seien.

Wenn die Eisenbahnerbewegung wirklich einen größe-
ren Umfang annehmen sollte, dann fällt ein Teil der
Schuld auf den Reichsarbeitsminister.

Fortgesetzte Unverschämtheit.

Trotz aller Bekundungen werden unsere Briefe aus
dem Ausland noch wie vor geöffnet. So heute zwei
Einkaufsbriefe aus Wien. Als Absender war die Redak-
tion der Wiener „Arbeiterzeitung“ ausdrücklich
vermerkt; der Brief an unsere Redaktion adressiert. Kein
Mensch wird glauben, daß solche Korrespondenz der Ver-
schlebung von Kapital ins Ausland dienen soll. Trotzdem
die Öffnung der Briefe!

Wir wollen einmal deutlich werden. Diese große
„Ueberraschung“ hat noch nicht die Verschlebung von 100 M.
ins Ausland verhindert. Sie dient nur zwei Zwecken:
einmal der politischen Spitzerei; zweitens einer
Reihe von Müßiggängern ein Einkommen zu ver-
schaffen auf Kosten der Steuerzahler.

Wir möchten nun aber endlich wissen, wie lange
dieser Unfug noch dauern soll und wann das
Postgeheimnis wiederhergestellt werden
wird!

Nur keine Lastenverschlebung.

Die „Note Bahne“ beschwört in ihrer heutigen Morgen-Aus-
gabe die U. S. P.-Fraktion der Volksversammlung, den Konflikt
mit der S. P. D.-Fraktion nicht auf die Spitze zu treiben.
Sie sieht den Anlaß dazu in dem in der „Freiheit“ veröffent-
lichten Organisationsplan der Rätevereinigung.
Sie stellt das Vorgehen unserer Genossen in der Rätebewegung,
das zur Sprengung der Volksversammlung führen könnte, gleich
mit dem Austritt der S. P. D.-Fraktion aus der Volksversam-
mlung und fragt, ob die Arbeiter der U. S. P.-Fraktion das Werk
der S. P. D.-Fraktion fortsetzen wollten.

Das ist eine glatte Umkehrung der Tatsachen. Der Entwurf
der Reorganisation der Rätebewegung liegt bereits seit dem
Sommer vor. Der erste Schritt zum Neuaufbau, die Reumachen
zu den Arbeiterräten wurde durch Noske verhindert und die dann
einsetzende Verfolgung des Volksrates ist Schuld daran, daß
heute erst an die praktische Arbeit des Neuaufbaues gegangen
werden kann. Während des ganzen letzten Jahres hatten
aber die Kommunisten im Volksrat und der Volksversammlung
reichlich Gelegenheit, sich mit dem Entwurf zu beschäftigen,
an seiner Verbesserung, Erweiterung oder Vertiefung mitzuarbeiten.
Die unabhängigen Genossen im Volksrat haben es wahrlich
an Aufforderungen nicht fehlen lassen. Statt dessen erklärten
die Kommunisten in der letzten Volksversammlung, sie hätten
wichtiger Kenntnis von dem Entwurf und müßten
sich ihre Entscheidung vorbehalten. So geht das Spiel schon eine
ganze Weile. Man drückt sich um eine feste Stellungnahme
herum, um am Ende frei und ungebunden als die „reinen
Revolutionäre“ dazustehen.

In Wahrheit geht die Konflikttreiberi von den Kommunisten
aus. Das zeigte sich deutlich in der Gewerkschafts-
frage. Auch damals stand man nahe vor der Spaltung und
nur der verständnisvollen Taktik unserer Genossen, denen der
Zusammenhalt der Front der revolutionären Arbeiter höchstes
Gebot ist, ist es zu danken, daß die Einheit der Volksversammlung
gewahrt blieb.

Aber was haben die Kommunisten gegen die Nichtisten für
die revolutionäre Rätebewegung einzuwenden? Greifbares
eigentlich nichts. Ihre ganze Polemik geht darauf hinaus,
Reumachen zur Volksversammlung aufzuschreiben, durch die Wahl
die Arbeiter aufzurütteln und sie für den Rätegedanken zu ge-
winnen. Wo bei dieser „revolutionären Aufrüttelung“ der An-
laß einer praktischen Verwirklichung des Rätegedankens liegt.

Wähnen mit dem nicht genug zu rühenden Unfug solcher Hoch-
mittagsvorlesungen gründlich aufgeräumt wird, nicht nur
durch straffe Regie, wie sie an manchen Theatern gerade auch
bei vollständigen Vorlesungen bereits geübt wird, sondern
vor allem durch künstlerische wie soziale Einsicht und Selbst-
sucht der Schauspieler, die leider noch oft zu wünschen übrig läßt.

Schau und Rauch, das Kobareit im Großen Schauspiel-
haus, ist ein Lokal, in dem man die Bühne nur mit Mühe ent-
deckt. Wenn aber Gussy Holt mit ihren Dreizehnern sie
betritt, dann erschauen die Zuschauergänge noch etwas von jener
Kleinart, die vor Jahren bei billigen Preisen in Blüte stand,
als Anna Boos und Käthe Waldoff, Senta Söneland und Werner
Schumann alle noch frisch und rauh bekommen waren. Es ist
nicht viel Gleichwertiges nachgekommen und die „Anfänger“ sind
nicht wichtiger geworden.

Eine norwegische Tänzerin vom National-Theater in
Christiania, Maria Barhuus, zeigte im Wälfersaal die
blonde Kunst ihres Wiederlebens, das den Fesseln der alten
Ballettschule mit besonderer Grazie aufschwob. Im „Rochenden
Schwan“ kommt sie dem russischen Vorbild der Bankowa mit
eigenem Ausdruck beklügend nahe, doch hat nicht alles, was sie
tanzte, diese innere und technische Höhe. Es ist erfreulich, daß
die Volkstheater und die Bildungsausschüsse endlich
auch der Arbeiterschaft moderne Gestalterinnen oder
Tanzkunst zeigen werden. Der Wiesenhof, Impresario, Albu,
Biegler ist auch diese nordische Tänzerin nicht unwillig.

Im Hoftheater wird Gustav Stahlbergs soziale Tra-
gödie „Josef Promethold“ Mittwoch, den 7. Januar, abends
7 1/2 Uhr, Sonntag, den 11. Januar, nachm. 3 Uhr, und am Mon-
tag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, gegeben. Zu diesen drei
Vorstellungen sind noch Altkaisers für die Arbeiterräte im Bureau
der Fraktion der U. S. P. D., Münzstr. 10, zu haben.

Im Lessing-Theater ist die Extravaganza von Ge-
org Kaiser: „Schau dir die Erde“ auf Frei-
tag, 9. Januar, schauhaft worden.

Arnold Zweigs jüdische Tragödie „Die Sendung Se-
maria“ (Bismarck in Ungarn) gelangt als nächste Premiere
des Jungen Deutschlands im Deutschen Theater
zur Aufführung.

Der zweite Phantastik-Abend des Arno Holz-Georg
Stalgebegg-Paktus, findet am Mittwoch, den 7. Januar,
8 Uhr in der Berliner Secession, Kurfürstendamm 239, statt.

An der Pariser Oper sind die Choristen, das Ballet-
tanz, die Tänzer und die Tänzerinnen, Freitag abend in den Streif-
engstr. Das Publikum erhält das gegähnte Eintrittsgeld
zurückbezahlt.

ist das Geheimnis der Kommunisten. Es ist eine ganz Ver-
hängnisvolle Anschauung, der die Kommunisten heiligen, daß es
unter dem Kapitalismus keine Betriebs- oder Arbeiterräte geben
könne. Das bedeute eine Anpassung an den Kapitalismus. Man
habe lediglich die Arbeiter für den Rätegedanken zu gewinnen.
Die „Anpassung an den Kapitalismus“ kann sich doch nur da
vollziehen, wo keine sozialistisch-revolutionäre Ueberzeugung vor-
handen ist. Die nehmen unsere Genossen allerdings für sich in
Anspruch und die Kommunisten doch wohl auch. Diese Ueber-
zeugung kann sich aber nicht nur in Agitation, in Parolen, in
„revolutionärer Aufrüttelung“ auswirken, sondern sie hat sich zu
betätigen im Sinne der jeweiligen politischen und ökonomischen
Verhältnisse, sie muß sich einstellen auf verschiedene Möglichkeiten,
dabei das Ziel fest und unerschütterlich im Auge behaltend. Von
dieser Erkenntnis und dieser Ueberzeugung müssen sich die Mit-
glieder der U. S. P.-Fraktion leiten lassen. Wenn es auf diesem
Wege zum Bruch mit den Kommunisten kommen sollte, so fällt
die Schuld dafür den Kommunisten zu, die jede Verständigung
und Mitarbeit abgelehnt haben.

Wenn die „Note Bahne“ schließlich an den „gesunden
Arbeiterstand“ appelliert, so ist das die verlegene Ausrede,
wenn man praktisch nichts zu sagen weiß.

Die künftige Militärbehörde.

Vor dem Militär-Kriegsgericht wurde der Schriftleiter der
sozialistischen „Militär-Woche“, Alfred Ringler,
wegen Verleumdung der Militärbehörde zu 500 M.
Geldstrafe verurteilt. In einem Artikel am 18. Juli, betitelt
„Gefühlswort“ schrieb er u. a.: „Die Militärbehörde hat
einem Soldaten den Tausch zu befehlen.“

Es ist aber auch eine unechte Annahme, wenn ein Rechts-
sozialist gegen den von Noske treulich behüteten Schatz des deut-
schen Militarismus ein kräftiges Wort spricht. Das verlangte
unbedingt gerichtliche Aburteilung.

Zunahme des Viehbestandes.

Die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Sep-
tember zeigen gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche
Zunahme des Viehbestandes. Aber auch der Vergleich
mit der vorhergehenden Viehzählung vom Juni 1910 zeigt ein
im allgemeinen günstiges Bild. Bei den Rindern ergab sich
bei der Viehzählung am 1. September ein Gesamtbestand von
18 428 832 Stück. Darunter befanden sich 167 533 Kühe unter
drei Monaten und 5 105 143 Stück Jungvieh von drei Monaten
bis 2 Jahren. Die Zahl der Milchrinder betrug 7 717 903. Die
Zählung der Schweine am 1. September hat einen Gesamt-
bestand von 11 159 858 Stück ergeben. Darunter befanden sich:
Ferkel unter acht Wochen 2 641 379 Stück, acht Wochen bis
ein halbes Jahr alte Schweine 4 610 068 Stück, ein halbes
bis noch nicht ein Jahr alte Schweine 2 508 731 Stück, ein
Jahr und ältere Schweine 1 998 680 Stück.

Bei den Rindern ist ein Rückgang um 18,6 Prozent ein-
getreten, der sich aus der Tatsache erklärt, daß die Hauptabgabe-
zeit zwischen dem 1. März und 31. Mai liegt. Die Gesamt-
abnahme des Rindviehbestandes ist aber nur sehr gering, nämlich
237 Stück oder 0,01 Prozent gegenüber der vorangegangenen
Zählung.

Bei den Schweinen weisen gegenüber der letzten Zählung
sämtliche Altersgruppen eine Zunahme auf, und zwar die
der Ferkel um 15,1 Prozent, der acht Wochen bis noch nicht
ein Jahr alten Schweine sogar um 75,2 Prozent und der ein-
jahr und älteren Schweine um 26,8 Prozent. Die Gesamt-
zahl der Schweine ist gegen die vorige Zählung um 29,5 Pro-
zent gestiegen.

Die Zahl der Schafe weist mit 5 828 987 Stück gegen-
über der Zählung vom 2. Juni 1910 eine Abnahme um
8,1 Prozent auf. Sie ist daraus zu erklären, daß die Lammezeit
bereits ein größerer Teil der Schafe zu Schlachtopfzwecken ab-
gestoßen wird.

Die Danziger Einigung.

Aus Danzig wird uns geschrieben:
Der Danziger Einigungsanarchismus hat sich sehr bald bitter
gerächt. Die radikalen Elemente in der Arbeiterschaft, die zur
U. S. P. D. standen, zogen schon bei den Danziger Stadtverord-
netenwahlen die Konsequenzen, indem sie wahlverweirten. Nur so
ist der geradezu jämmerliche Ausfall der Wahlen für die „geinte-
te“ Partei zu erklären. Parteiführer, die abgewirtschaftet hatten,
und Verleger, die den Bankrott ihrer Zeitung fürchteten, sind die
zweienden Kräfte gewesen, die sich den gewiß an sich begründeten
Drang der Arbeiterschaft zu gemeinschaftlichem Kampfe
zuzuge machen. Sie verstanden es, den Funktionären der beiden
Parteien ein Aktionsprogramm mundgerecht zu machen und seine
Annahme durchzubringen, das allen Deutungen zugänglich war.
So wird z. B. jetzt das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats
dahin ausgelegt, daß sie „gegebenenfalls“ angewandt werden
könne, statt daß sie, wie es das neue Aktionsprogramm unserer
Partei tut, als die einzig mögliche Form der politischen Mach-
ausübung des Proletariats anerkannt wird! Überall in den
Massen macht sich tiefster Rißmut über solche Unmöglichkeiten
breit und schon spricht man ganz offen wieder vom Auseinander-
gehen.

In Gunsten des früheren Blattes der Medien, der „Polis-
wacht“ hat das Organ der U. S. P. D. in Danzig „Das freie
Volk“ sein Erscheinen eingestellt. Stand die „Poliswacht“ als
Organ der S. P. D. bereits vor dem Bankrott, so nicht minder
als Organ der „geinteten“ Partei. Einige ihrer Geldgeber for-
derten ihre Einlagen zurück. So soll der Sekretär der Abhängigen,
Göhl, mit 130 000 Mark Gläubiger sein und den Betrag ge-
lündigt haben, ferner zwei andere Gläubiger je 10 000 Mark.
Die Zeitung wäre, wenn die Leute auf die Rückzahlung bestehen,
erledigt. In den ersten Monaten nach der Revolution hatte sie
eine Auflage von etwa 15 000 bis 16 000 Exemplaren, bei der
Einigung knapp 5000! Selbst hat sie sich nicht wesentlich
geändert. Auch die Tatsache, daß der bürgerliche Verleger der
bürgerlichen „Danziger Neuesten Nachrichten“ ca. 80 000 Mark
im Verlag der „Poliswacht“ fesseln hat, verdient erwähnt zu wer-
den. Wollte man daraus Folgerungen ziehen, so würde man
wirklich nicht, wo man aufhören sollte! Erwähnt sei noch, daß
die Haupttätigkeit der neuen „geinteten“ Partei darin besteht,
einer wütenden Kahlbald ihrer führenden Mitglieder um die
Sekretärposten und Stabsratsmandate zu suchen. Vor allem
möchte sich der frühere abhängige Sekretär Göhl nicht beileide
schließen lassen, woraus zwar der Zweck der pflichtlichen Kündigung
seines großen Guthabens bei der „Poliswacht“ verständlich wird
aber noch nicht die Herkunft der Summe.

Kurz und gut: allgemeine Parteiverdröbenheit bei den Ar-
beitern und Wachenhalten, die an Korruption erinnern, bei
gewissen Führern! Das sind die Folgen der unglücklichen so-
genannten „Einigung“ in Danzig. Die proletarischen Inter-
essen sind dabei völlig zu kurz gekommen! In ihrer Förderung ist es
dringend notwendig, daß recht bald die Danziger Arbeiter zur

Reaktion einer Teil-Klassen, deren Schicksal für den revo-
lutionären Sozialismus sie bereits allmählich einzusehen beginnt!

Eine sonderbare Methode. In der französischen Parteipresse
hat ein Interview einige Beachtung gefunden, das Bliegen,
der bekanntlich auf der äußersten Rechten der holländischen
Partei steht, der „France libre“, dem Organ der sozialistischen
Renegaten, gewährt hat.

Bliegen hat unter Berufung eines Aufenthalts in Deutsch-
land dort eine Verteidigung der Reichs- und der Politik der
deutschen Rechtssozialisten versucht. Die französische Parteipresse
hat sachlich die Ausführungen Bliegens bereits energisch abge-
wiesen. Wir möchten hinzufügen, daß Bliegen es, soweit wir
wissen, unterlassen hat, mit irgendeinem auf dem Boden der
U. S. P. lebenden Genossen Fühlung zu nehmen. Es handelt
sich also um Urteile, die auf Grund völlig einseitiger
Informationen gebildet wurden und danach ist wohl deren
Wert einzuschätzen.

Auch Italien veröffentlichen. Die italienische Regierung hat
dem Senat und dem Abgeordnetensatz die diplomatische Do-
kumente zur Verfügung gestellt, die sich auf die italienisch-fran-
zösischen Abmachungen und Unterhandlungen in den Jahren
1900-1902 beziehen und im französischen Selbstbuch erwähnt
werden.

Paul Dorpaters Waffenstillstandsabkommen verbleiben die
estnischen und die Sowjettruppen in ihren gegenwärtigen Ein-
stellungen; das dazwischenliegende Gebiet bleibt neutral. Während
der Dauer des Waffenstillstandes dürfen keine Truppenver-
schiebungen stattfinden. Eine gemischte Kommission löst die strittigen
Fragen.

Gewerkschaftliches.

Die Münchener Versicherungsangestellten zur Tarif- bewegung.

Die gegen 9000 Mitglieder zählende Ortsgruppe Mün-
chen der Versicherungsangestellten im Zentralverband der An-
gestellten verfolgt mit Entschiedenheit das schroff ablehnende Verhalten
des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen.
In einer Versammlung der Ortsgruppe wurde nach einem mit ge-
waltetem Beifall aufgenommenen Referat des Verbandssekretärs
Friedwald über die Frage folgende Entschliebung ange-
nommen: „Die am Freitag, den 2. Januar 1920, im großen Be-
saal des Rathesbräu versammelten Versicherungsangestellten
Münchens erheben ihr schärfsten Protest gegen das scham-
lose und ungesetzliche Vorgehen des Arbeitgeberverbandes deutscher Ver-
sicherungsunternehmungen. Sie lehnen eine einseitige Diktatur
der Arbeitgeber ab und fordern, daß in gegenseitiger Verhandlung
festgestellt wird, inwieweit die Forderungen der Angestellten er-
füllbar sind oder nicht. Die Verhandlung lehnt die Bestrebungen
der Arbeitgeber, direkt oder indirekt die Spaltung in die
Reihen der Versicherungsangestellten zu treiben ab. Die Mün-
chener Versicherungsangestellten stehen nach wie vor treu zu ihrer
Organisation und lehnen jede einseitige Bestimmung der Arbeit-
geber über die verhandlungsberechtigten Verbände ab. Wer die
Interessen der Versicherungsangestellten zu vertreten hat, können
nur diese selbst bestimmen. Vertretungsberechtigt ist nach dem
Willen der Versammlung einzig und allein der Zentralverband
der Angestellten.“

Gegen die Entschliebung stimmten nur Nichtversicherungs-
fachleute, und zwar die Berufsangehörigen des Gewerkschafts-
bundes kaufmännischer Angestelltenverbände (Deutschnationaler
Handlungsgehilfenverband), des Gewerkschaftsbundes der An-
gestellten und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureau-
angestellten. Diese waren überhaupt nur zu dem Zwecke ge-
kommen, um die geldlose Einbeil der Versicherungsange-
stellten zu führen. Die Bekämpfung des auf die Reichs- und
Sicherheitsbewehr bezüglichen Geheimrundschriftens des
Arbeitgeberverbandes an seine Mitglieder wie bei der über-
füllten Versammlung lebhafte Enttäuschung und Pfu-
z auf. Ein Diskussionredner forderte die anwesenden Mit-
glieder der Münchener Einwohnerwehr auf, bei deren Leitung
sich sofort Rückfrage zu halten und gegebenenfalls die Eintritts-
konsequenzen zu ziehen.

Verhandlung gegen Nichtgeladenen.

Uns wird geschrieben: Vor der Kammer X stand am Sonn-
abend ein Termin an, zu welchem nur die Ehefrau des Mieters
geladen war, obwohl beide Eheleute den Vertrag unterzeichnet
haben und die Wohnung gemeinschaftlich benutzen. Auf den
Einwand des Vertreters des Mieterverbandes, daß er sich für
seine Auftraggeberin auf die Streitsache nicht einlasse, da sie für
ihren Mann Erklärungen nicht abgeben könne und gegen einen
nicht Geladenen nicht verhandelt werden dürfe, erklärte der Vor-
sitzende mit entsprechender Handbewegung: „Mit solchen Rätchen
kommen Sie hier nicht!“

Der Verbandsvertreter beharrte auf seinem Standpunkt und
schickte durch, daß nunmehr die Eheleute zu einem neuen Termin
geladen werden. — Unter keinen Umständen ist es zulässig, wenn
gegen nicht geladene Mieter verhandelt und ein Urteil gefällt
wird. Würde die Frau des Mieters verurteilt worden, die Wohnung
zu räumen, so läme der Schiedspruch des R. G. N. einem Urteil
des Landgerichts auf Getrennung von Tisch und Bett gleich, da
der Mann ja in der Wohnung verbleiben, seine Frau aber nicht
bei sich beherbergen dürfte.

Siemenskutschern. Dienstag nachmittag 5 Uhr: Bezirksleitung,
Mittwoch nachmittag 5 1/2 Uhr: Bezirkskonferenz bei Friebe.

Groß-Berlin.

Drohende Betriebseinstellung Berliner Werke.

Einem Berliner Mittagsblatt wird mitgeteilt, daß das
Siemenswerk den gesamten Vertrieb wegen Kohlemangels
morgen einstellen werde. Die Schwarzlopf-Werke wären
noch im Besitze eines Vorrats für drei Tage. Auch sie wer-
den dann gestillungen sein, den Betrieb einzustellen. Das
M. E. G. lebe noch von der Hand in den Mund. Die Ein-
stellung des Betriebs ist jeden Tag zu erwarten.

Die Arbeiterschaft der U. S. P. W. G., die bereits zum
dritten Male innerhalb eines Jahres wegen Kohlemangels
zum Feiern gezwungen ist, nahm in einer Volksversammlung
Stellung zu dieser Angelegenheit. Die Versammlung protestierte
gegen die ungleiche Verteilung durch die Kohlenverteilungs-
stelle. Nach längeren Ausführungen der Kollegen Reihofe und
Karlweil über die Wirtschaftspolitik der Regierung und über die
Verhandlung des sogenannten Betriebsratengesetzes
durch die Nationalversammlung nahm die Versammlung
einmütig folgende Resolution an: „Die Arbeiterschaft
der U. S. P. W. G., welche wegen Kohlemangel ausbleiben muß,
legt Protest ein, gegen die Gleichbehandlung der Regierung-
sfaktoren in dieser Frage gegenüber der Existenzfrage tausender
Arbeiter. Die Arbeiterschaft fordert, die Zeit und Gelegenheiten

...auf in ... mit der ...

Neue Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Kohlenpreise ... Die Kohlenpreise ...

Die Preise für ... Die Preise für ...

Berlin ohne ... Berlin ohne ...

Erhöhung der ... Erhöhung der ...

...für die ...

Ein großer ... Ein großer ...

Der Berliner ... Der Berliner ...

Der Fortfall ... Der Fortfall ...

Lebensmittellisten.

Wochen vom 4. bis 10. Januar ...

Johannisthal ... Johannisthal ...

Wetter ... Wetter ...

Aus den Organisationen.

11. Bezirk, 2. Abteilung ...

Bildungsausschuss ...

Regel ...

Reinhold ...

Kari ...

Bereinskalender.

1. Bund der ...

Verantwortlich ...

Freie Welt

Das beste illustrierte ...

Hochmalige Ausdehnung der Direktorstelle im Jugendpflegeamt der Stadt Berlin.

Seit der 1. Ausdehnung ...

Die Direktorstelle ...

Bemerkungen von ...

Zähne mit ...

Künstl. Hörsenone

Verkauf ...

Deutscher Bauarbeiter-Verband ...

Motorrad F.N. ...

Möbel

Möbel-Gelienheitsklau

Möbel ...

Wohnungsrichtungs

Chaiselongues ...

Möbelkredit ...

Gardinenverkauf ...

Verkauf ...

Damenulster ...

Verkauf ...

Metalle bedeutende Preiserrhöhung!

Platin! Zahngebisse ...

Augen ...

Blei, Zinn, Weißmetall

Platina-Zähne

Messing 6,50

Metallschmelze

Gold, Silber, Münzen

Kupfer, Messing, Zinn

Isolierten Kupferdraht

Kunferleitungen

Kunferleitungen

Leitungsdrähte

Leitungsdrähte

Halt?

Höchstzahlend ...

Zahngebisse

Metalle

Altmalle

Kupfer, Blei, Zinn

Messing

Metallschmelze

Gold, Silber, Münzen

Kupfer, Messing, Zinn

Isolierten Kupferdraht

Kunferleitungen

Kunferleitungen

Leitungsdrähte

Leitungsdrähte

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer

Schnellautbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Verschiedenes

Spezial-Arzt

Doktor jur.

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Rechtsrat

Streßenhändler! „Freie Welt“ Heft 1 30 Pfennig